

# Pulsnitzer Anzeiger

## Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pilsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Pf., bei Lieferung frei Haus 50 Pf. Postbezug monatlich 2.30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konturs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlass hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und E. S. Förster's Erben. Verantwortlich für Druckliches u. Sächsisches, Unterhaltungs-, Sport u. Anzeigentell Karl Hoffmann, Pilsnitz, für Politisches und den übrigen Teil Walter Mohr, Pilsnitz. D. N. XL: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolf-Stiller-Str. 4. Fernruf 518 u. 560

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramenz des Stadtrates zu Pilsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 3

Sonnabend, den 4. Januar 1936

88. Jahrgang

## Amerikas neue Neutralitätspolitik

Bundeskongress in Washington

Washington, 4. Januar.

Die diesjährige Tagung des amerikanischen Bundeskongresses ist unter allgemeiner Spannung eröffnet worden. McReynolds brachte eine Vorlage ein, durch die das am 29. Februar ablaufende Neutralitätsgesetz durch eine unbefristete Neutralitätsgesetzgebung ersetzt werden soll.

Die neue Vorlage behält das gegenwärtige Ausfuhrverbot für tatsächliches Kriegsmaterial wie Waffen und Munition nach kriegführenden Ländern bei und ermächtigt den Präsidenten, nach eigenem Ermessen die Ausfuhr von sonstigem Material, das für Kriegszwecke geeignet sein könnte, zu verbieten. Die neue Vorlage sieht auch ein Verbot von Finanztransaktionen mit kriegführenden Ländern, wie Ankauf von Obligationen u. a. vor. McReynolds beabsichtigt, die Ausschussverhandlungen über diese Vorlage bereits am Dienstag zu beenden.

Der am Freitag mit voller Billigung Roosevelts und seines Außenministers Hull im Kongress eingebrachte Gesetzentwurf stellt Amerikas Neutralitätspolitik auf eine neue und für dauernd geplante Grundlage. Nach langen Verhandlungen mit den Kongressmitgliedern ist ein Kompromiß entstanden, der Roosevelts Wünschen weit entgegenkommt. Der Präsident muß

künftig Ausfuhrverbote unparteiischerweise gegen beide kriegführenden Staaten ausprechen, und er muß fortan die Verbote auf weitere Staaten ausdehnen, wenn diese in den Krieg einbezogen werden, während dies bisher in dem Ermessen des Präsidenten gestanden hat. Außerordentlich wichtig ist die Bestimmung, die es in das Ermessen des Präsidenten stellt, ob und welche Materialien außer den reinen Kriegswerkzeugen in außergewöhnlichen Mengen ausgeführt werden dürfen. Der Präsident erhält also fortan das Recht, außer für Waffen und Munition auch für Baumwolle, Del, Kupfer, Eisen- und Stahlschrott und ähnliche Materialien Ausfuhrverbote zu erlassen, falls die Ausfuhr den normalen Friedenshandel übersteigt.

Ausgeschlossen von einem Verbot sind Lebensmittel und medizinische Bedarfsartikel.

Ferner erhält der Präsident das Recht, jegliche Kredite oder

andere finanzielle Transaktionen mit kriegführenden Staaten zu verbieten. Der Präsident kann weiterhin amerikanischen Staatsbürgern die Benutzung von Schiffen kriegführender Staaten sowie diesen Schiffen die Benutzung amerikanischer Häfen verbieten. Für Unterseeboote kriegführender Länder kann das Anlaufen amerikanischer Häfen verboten werden. Kriegshilfsschiffe, die in Amerika Treibstoff oder andere Waren einnehmen wollen, können interniert werden. Von Bedeutung ist noch die Bestimmung, daß die Vorschrift einer gleichen Anwendung der genannten Verbote auf alle kriegführenden vom Präsidenten mit Zustimmung des Bundeskongresses geändert werden kann. Diese Einfügung gibt Roosevelt die Möglichkeit, eine Veränderung zu beantragen und die Beschränkung der Verbotsliste auf einen der kriegführenden vorzuschlagen.

### Luftaufrüstung in Amerika

Jährlich sollen 800 neue Flugzeuge gebaut werden.

Wie verlautet, beabsichtigt der Generalstab der Vereinigten Staaten die Schaffung der „größten Luftflotte der Welt“.

Das gesamte Luftaufrüstungsprogramm soll 525 Millionen Mark kosten. Kriegsminister Dern habe den Bau von 800 Flugzeugen jährlich für eine Zeit von drei Jahren vorgezogen. Nach einer Neuherung des Generalstabschefs Craig soll eine solche Erhöhung jedoch noch keineswegs eine angemessene Luftverteidigung für die Vereinigten Staaten bedeuten.

Das Kriegsministerium verfügt zur Zeit über einen Rüstungsfonds von 17 500 000 Dollar. Davon ist bereits ein Kontrakt für 100 Bombenflugzeuge im Werte von 2,5 Millionen Dollar vergeben worden. Die zur Durchführung des neuen Bauprogramms jährlich erforderlichen 70 Millionen Dollar müßten also vom nächsten Kongress, der im Januar zusammentritt, bewilligt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Befürworter dieses Programms im Kongress viele Anhänger finden werden.

Aus den geringfügigsten Anlässen würden heutzutage Ausweisungen ausgesprochen, und im Weigerungsfalle würden die Emigranten ins Gefängnis geworfen.

Die Folgen seien infolgedessen verheerend, als die Moral der Emigranten hierunter leide und dies unvermeidlich zu einer Vermehrung der Verbrechen führen müsse. Das sei in großen Zügen das Problem, vor dem der Völkerbund stehe.

Die gesamten Fragen der Flüchtlingsfürsorge, so schließt der Verfasser, seien von einem Sachverständigenausschuß geprüft worden, dem britischerseits Sir Horace C. Rumbo (der frühere Botschafter in Berlin) angehört habe. Der Bericht hierüber sei noch nicht veröffentlicht worden, werde aber dem Völkerbundsrat am 20. Januar zur Prüfung vorliegen.

### Das Winterhilfswert

Rechenchaftsbericht Hilgenfeldts im Zeitsunt.

Berlin, 4. Januar.

Der Reichsbeauftragte für das Winterhilfswert des deutschen Volkes, Hauptamtleiter Hilgenfeldt, machte im Zeitsunt ausführliche Ausführungen über Organisation und Leistungen dieses in der Welt einzig dastehenden Wertes. Aus den von Hilgenfeldt angeführten Zahlen ergibt sich, daß 16 v. H. der gesamten deutschen Hausbrandversorgung auf die Kohlenverlorgung durch das WHW entfallen.

Im Reichsdurchschnitt macht die Spende in einem Haushalt bis zu 2 Kindern 8 Zentner aus. Bei Familien mit höherer Kinderzahl werden so viel Kohlen geliefert, daß zwei Feuerstellen unterhalten werden können. Familien mit feuchten oder schlechten Wohnungen und Schwerkranken werden höher beliefert. Statt 7 Serien Kohlen wie im Vorjahre werden diesmal 8 Serien verteilt.

Die Stoffe, die zur Herstellung von Bekleidungsstücken gebraucht werden, könnten eine Strecke von 7000 Kilometern bedecken. Die Schuhe, die das WHW im letzten Winter lieferte, hätten ausgereicht, um die gesamte Bevölkerung Badens vom Säugling bis zum Greis und darüber hinaus noch die Bevölkerung dreier Kreise Württembergs zu versorgen. Kartoffeln wurden 15 Millionen Zentner ausgegeben. Im Reichsdurchschnitt wird auf den Kopf der Bevölkerung 1 Zentner Kartoffeln gerechnet. Der Wert der Abzeichenaufträge betrug im letzten WHW fast 4 Millionen Reichsmark, in diesem Winter werden es fast 5 Millionen Reichsmark sein.

Im ersten Winterhilfswert wurden rund 17 Millionen Volksgenossen betreut, 1934/35 nicht ganz 14 Millionen, und in diesem Halbjahr sind es rund 12 1/2 Millionen Menschen.

Weiter wurden im letzten Jahr 69 336 Ausländer und 29 108 Juden betreut.

Der Säule der Betreuten stehe die Säule der 1 1/2 Millionen freiwilligen Helfer gegenüber. Sie seien die Lösung des Rätsels der geringen Verwaltungskosten. Dieser Armee ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer gebühre der Dank des ganzen deutschen Volkes.

### Neujahrsgruß an Sachsens Eisenbahner

Reichsbahndirektionspräsident Dr. Domsch richtete zur Jahreswende einen Aufruf an die sächsischen Eisenbahner, in dem es unter anderem heißt:

Am nationalsozialistischen Aufbau der letzten drei Jahre habt Ihr, meine Berufs- und Arbeitskameraden, jeder an seinem Teil, durch gewissenhafte Erfüllung Eurer Dienstpflichten tatkräftig und opferfreudig mitgewirkt. Euch allen für Eure treue Mitarbeit Dank und Anerkennung auszusprechen, ist mir Herzensbedürfnis und Ehrenpflicht. Auch das neue Jahr wird uns Eisenbahner wieder große und schwere Aufgaben stellen. Ihnen in jeder Beziehung gerecht zu werden, unter dem Einfluß unserer ganzen Persönlichkeit, in strenger Dienztucht, in echter Kameradschaft untereinander und in wahrer Volksgemeinschaft, sei uns schönster Lebensinhalt. Daß Ihr, meine Kameraden, Euern verantwortungsvollen Dienst zum Wohl des Vaterlandes auch künftig gern und freudig und stolz auf Euern Beruf versehen werdet, dessen bin ich gewiß.

## „Internationales Recht“

Die „Liberte“ zur Moskauer Beschwerde an Genf

Paris, 3. Januar. Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Uruguay und der Sowjetunion schreibt die „Liberte“, es sei nun wohl schon das zehnte oder zwölfte Mal, daß dies einem Sowjetvertreter passiert. Bis zum Augenblick jedoch habe die Moskauer Regierung diese Tatsache stets, ohne etwas zu tun oder einen Verteidigungsversuch zu unternehmen, hingenommen. Im Falle Uruguays aber werde nun bekannt, daß sich an dieser gewohnheitsmäßigen Haltung der Sowjets etwas geändert habe. Sowjetrußland sei inzwischen Mitglied des Völkerbundes geworden.

Uruguay hätte vor Abbruch seiner diplomatischen Beziehungen mit Moskau erst eine Entscheidung des Völkerbundsrates einholen müssen!

Falls Genf der Moskauer Beschwerde stattgeben sollte, entspränge daraus die Tatsache, daß ein Staat, dessen innere Ordnung durch die Intrigen der Sowjets bedroht sei, nicht mehr das Recht habe, die Hauptzentrale dieser Unordnung, die Botschaft oder die Gesandtschaft der U.S.S.R., einfach zu schließen. Die roten Propagandadiplomaten seien also durch eine zweifache Immunität geschützt! Wie leicht werde ihnen ihre Arbeit gemacht! Und was für eine Beruhigung müsse das für sie sein!

Im übrigen sei es sehr gut möglich, daß es soweit komme, da Litwinow heute eine der am meisten gehörten Genfer Persönlichkeiten

geworden sei. Man könne die Folgen des Wahnsinns überhaupt nicht ermessen, den man begangen habe, als man die Ränderbände in den Tempel dessen einführte, was man so hochtrabend „internationales Recht“ nenne.

### Deutsche Emigrantenfrage nicht ernst

Eine englische Stimme zur Flüchtlingsfrage

London, 3. Januar. In dem amtlichen Organ der nationalen Arbeiterpartei „News Letter“ nimmt H. B. Matthews das Rücktrittsschreiben des Genfer Flüchtlingskommissars MacDonald zum Anlaß, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die Frage der Flüchtlinge aus Sowjet-

rußland, Armenien und anderen Ländern zu lenken. Diese Frage sei, so schreibt Matthews,

viel weitreichender und ernster, als das Problem der deutschen Emigranten.

So groß die Zahl der jüdischen und sonstigen Flüchtlinge aus Deutschland auch sei, so stehe doch fest, daß diese Frage nicht so ernst sei, wie die Ziffern vielleicht vermuten lassen.

Der Verfasser des Artikels befaßt sich dann im einzelnen mit dem Schicksal der 800 000 Russen, die nach dem Ausbruch der russischen Revolution ihre Heimat verlassen mußten. Obwohl das Ausmaß der Erleichterung ihrer Lage beigetragen habe, könne von einer endgültigen Lösung nicht gesprochen werden. Darüber hinaus sei der Völkerbund für die 170 000 Armenier verantwortlich. Matthews erwähnt dann die 25 000 bis 40 000 U.S.S.R., die den Irak nach den Massenmorden 1933/34 verließen. Für einen großen Teil dieser Flüchtlinge sei auch heute noch keine bleibende Heimstätte gefunden.

Was die Emigranten aus dem Saargebiet angeht, so liege die besondere Verantwortung der Franzosen für diese Flüchtlinge auf der Hand, da Frankreich so viel dazu beigetragen habe, die Agitation für den Status quo an der Saar zu unterstützen.

Bei weitem das ernsteste Problem sei jedoch die Frage derjenigen Flüchtlinge, die bereits in Frankreich und anderswo sesshaft geworden seien und bei Verlust ihrer Arbeit auszuweisen würden. Eine kürzlich angestellte Untersuchung habe die tragische und alarmierende Lage enthüllt, die in dieser Beziehung gerade in Frankreich herrsche und die sich in den letzten Monaten sehr verschlechtert habe. Hieron würden in erster Linie die vielen Spanier, Italiener, Polen und die früheren Angehörigen der Wrangel-Armee betroffen, die nach dem Kriege in großen Scharen nach Frankreich ausgewandert seien. Die vor einiger Zeit erlassenen Maßnahmen zum Schutze der französischen Arbeit hätten dazu geführt, daß in wachsendem Maße die Erneuerung der Arbeitsverhältnisse für viele verweigert würde, die schon seit zehn oder mehr Jahren in Frankreich tätig seien.

